

Anlage zum TOP 5 - Befragung der Herrieder Bürger Ü60: Stellungnahmen „Offene Fragen“ (a - c, e - h)

a) Ortsangaben für fehlende Mitfahrerbänke

Sachverhalt:

161 Bürger beantworteten die Frage „Ich nutze die Mitfahrerbänke ...“. Bei vier Antwortmöglichkeiten kreuzten 0 Bürger „häufig“ und „öfter“ an; 3 Bürger „ab und zu“ und 158 Bürger „nie“.

In seiner 18. Stadtratssitzung vom 16. Juni 2021, beschloss der Stadtrat im TOP 3.3 „Nach einem Jahr des Testbetriebs soll mit einer Umfrage das Projekt „Mitfahrerbank“ evaluiert werden“.

Stellungnahme:

Der Beirat schlägt vor, dass sich der Stadtrat nochmals mit dem Thema befasst. Viele Bürger würden es anerkennen, wenn der Stadtrat eine Vision oder „sinnstiftende Erzählung“ (Narrativ) ergebnisoffen nachbehandelt.

Zudem stellt sich die Frage: „Wie werden aus Gründen der Gleichbehandlung die Ortsteile behandelt, in denen bisher noch keine Mitfahrerbänke aufgestellt wurden (falls es dort einen Bedarf dafür gibt)?“

Auch ist bei den vorhandenen Mitfahrerbänken die Wahlmöglichkeit „Ansbach“ als Fahrtziel unbefriedigend gelöst, da in der Gegenrichtung das Pendant fehlt.

b) Ortsangaben für fehlende Sitzbänke im Innenbereich der Stadt oder in den Außenorten und

c) Ortsangaben für fehlende Sitzbänke an schönen Aussichtspunkten in der freien Natur

Stellungnahme:

Der Beirat schlägt für die Ortsteile die Bildung von kleinen örtlichen Arbeitskreisen (Ortssprecher, örtliche Stadträte und Interessierte) vor, die sich für ihren Bereich mit dem Thema befassen und, falls erforderlich, Vorschläge erarbeiten. Es könnte auch Thema in den anstehenden Bürgerversammlungen sein.

Eine eventuelle Übersicht für alle im Gemeindegebiet durch die Stadt bereits aufgestellten Ruhebänke würde die Aufgabe erleichtern. Beschaffung und Aufstellen der Ruhebänke könnten verteilt über mehrere Jahre erfolgen.

d) Sachverhalt wird in den Anlagen 4 mit 6 gesondert behandelt

e) Ortsangaben für fehlende barrierefreie Zugänge in öffentlichen Bereichen

Sachverhalt:

Alle von den Bürgern genannten Örtlichkeiten sind bereits hinreichend bekannt, z.B. Zugang zum Rathaus. Angesprochen wurden auch die Zugänge zu, Kirchen, Ärzten, Geschäften usw. Vereinzelt wurden Problemstellen auch im Abschnitt „d“ angesprochen.

Stellungnahme:

Der Beirat ist sich der Problematik des Themas hinsichtlich Finanzierung und Ausführung bewusst, sieht aber kurz bis mittelfristig keine schnellen Abhilfen. Lösungen werden dadurch erschwert, dass als Gebäudeeigentümer neben der Stadt Herrieden auch andere öffentliche Institutionen und Privatpersonen beteiligt sind.

Die Problemstellen sollten aber mit dem Ziel im Auge behalten werden, im Zusammenhang mit Sanierungen oder Umbauten eine Lösung zu finden.

f) Ortsangaben für Gehwege, auf denen Sie die Freigaben für Radfahrer als Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit empfinden

Sachverhalt:

Bei entsprechender Beschilderung müssen Radfahrer und Fußgänger die vorhandenen Gehwegflächen unter sich aufteilen. Das führt zu Problemen! Zur Gruppe der Fußgänger zählen alle Bürger, insbesondere aber Senioren, Kinder, Mütter mit Kinderwagen, Jugendliche und Menschen mit Behinderung, die teils mit Stock, Gehilfe, Rollator oder Rollstuhl auf den Fußwegen unterwegs sind.

Zusätzlich gilt ausnahmslos für alle Gehwege die Regelung: „Bis zum vollendeten achten Lebensjahr **müssen** Kinder mit dem Fahrrad auf dem Gehweg fahren. Bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr **dürfen** sie den Gehweg noch benutzen!“

Dass diese Benutzungspflicht bzw. das Benutzungsrecht ab dem elften Lebensjahr endet, steht aber nur auf dem Papier. Im Stadtgebiet Herrieden fährt ein großer Teil der Radfahrer jeglichen Alters, wo sie wollen und wie sie wollen; eben wie langfristig gewohnt! Beschilderungen existieren für sie nicht. Die gesetzlich vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit und die Forderung „Radler dürfen Fußgänger grundsätzlich weder gefährden noch behindern; erforderlichenfalls muss der Radler absteigen und vorbeischieben“ ist lediglich Makulatur mit Alibifunktion für den Gesetzgeber.

Die Befragung Ü60 ergab: Eine hohe Anzahl Herrieder Senioren empfinden die Freigaben der Gehwege für Radfahrer als Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit. Diese Aussagen beziehen sich hauptsächlich auf die Kernstadt. Bürger in den Ortsteilen sind in der Regel von diesen Problemen weniger betroffen.

Stellungnahme:

Der Standpunkt des Beirats zum Thema ist den Gremien im Stadtrat hinlänglich bekannt. In Abwägung und zur Verbesserung der Situation wiederholt der Beirat nachstehende Kompromissvorschläge:

- Gehwege im Stadtgebiet dürfen zur Benutzung für die Radler nur dort freigegeben werden, wo dies aus Sicherheitsgründen unbedingt erforderlich ist. Die Freigabe ist grundsätzlich auf unbedingt notwendige Bereiche, z.B. auf Radwegachsen, zu beschränken.
- Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten, z.B. nicht ausreichende Breiten der Gehwege, Gefälle usw., sollten im gesamten Stadtgebiet auf Gehwegen keine Benutzungspflicht für die Radfahrer mit dem Zeichen 240 „Gemeinsamer Fuß- und Radweg“ angeordnet werden. Lediglich für Radwege, ausreichende Breite vorausgesetzt, zu den Außenorten (z.B. Herrieden - Hohenberg) ist eine Beschilderung mit Zeichen 240 zu rechtfertigen.
- Im Innenbereich der Stadt sollte stattdessen grundsätzlich das Zeichen 239 „Fußweg“ mit dem Zusatz-Zeichen 1022-10 „Radfahrer frei“ verwendet werden; ergänzt mit dem Text „Schrittgeschwindigkeit“. - Das Zeichen 239 beinhaltet keine Benutzungspflicht; viele Radler würden es begrüßen.
- Konsequente, einheitliche und in sich schlüssige Beschilderungen müssten eigentlich selbstverständlich sein. Die vorhandenen Beschilderungen sind kurzfristig entsprechend zu überarbeiten bzw. zu ändern. Hinweise auf „Beginn“ und „Ende“ der Freigabe für Radfahrer dürfen auf keinen Fall fehlen!
- Ein gewisser Überwachungsdruck könnte auch nicht schaden!

g) Ortsangaben für fehlende Fußgängerüberwege mit Zebrastreifen

Sachverhalt:

Aus den Ortsangaben im Fragebogen lassen sich zahlreiche Wünsche und Bedürfnisse für Fußgängerüberwege mit Zebrastreifen ableiten.

Stellungnahme:

Zur Umsetzung schlägt der Beirat bei den in den Fragebögen genannten Ortsteilen Neunstetten und Rauenzell die Bildung kleiner örtlicher Arbeitskreise (Ortssprecher, örtliche Stadträte und Interessierte) vor, die sich, bezogen auf ihr örtliches Umfeld, mit dem Thema befassen und umsetzbare Vorschläge ausarbeiten. Es könnte auch Thema in den anstehenden Bürgerversammlungen sein.

Nachdem die restriktiven Ansichten der zuständigen Aufsichts- und Genehmigungsbehörden zwischenzeitlich hinreichend bekannt sind, wäre es sinnvoll, ein Gesamtkonzept zu erstellen und die Abstimmungen mit den Behörden in einer konzertierten Aktion durchzuführen.

Der Beirat ist grundsätzlich bereit, alle Vorschläge aktiv zu unterstützen.

h) Sachverhalte, die Ihnen wichtig sind und im Fragebogen nicht angesprochen wurden

Sachverhalt:

In diesem Fragenkomplex gaben die Bürger kunterbunte Hinweise in einer breiten Vielfalt an. Einige Angaben finden sich auch in den anderen Fragenkomplexen wieder.

Stellungnahme:

Der Beirat und auch die Herrieder Bürger fänden es gut, wenn die im Fragebogen genannten Wünsche, Anregungen und Verbesserungsvorschläge in den Gremien der Stadt Herrieden entsprechende Aufmerksamkeit und Behandlung finden würden. Es dürfte auch kein politischer Schaden entstehen, wenn die Stadt Herrieden ihre Bürger über die Weiterbehandlung und dem Ergebnis, z.B. Amtsblatt, Bürgerversammlungen usw., informieren würde.

Der Beirat schlägt deshalb vor, dass, je nach Wertigkeit der Hinweise und Zuständigkeit, sich der Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates oder die Fachabteilungen der Stadtverwaltung mit der Behandlung befassen.